



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

Öffentliche Konsultation zur künftigen Strategie „KI anwenden“

09.04.2025 - 04.06.2025

Drs. 19/3237, 19/6917

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, folgende Stellungnahme abzugeben:

1. Der Bayerische Landtag begrüßt, dass die EU in der Strategie „KI anwenden“ als Teil des Aktionsplans „KI-Kontinent Europa“ die Schlüsselrolle von KI für Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftlichen Fortschritt anerkennt. Denn KI spielt bei der Steigerung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit eine zentrale Rolle und ermöglicht durch Automatisierung und Optimierung erhebliche Produktivitätsgewinne sowie neue Geschäftsmodelle. Gerade für den Freistaat Bayern mit seiner starken, industriellen Basis, Forschungslandschaft und dem breiten Mittelstand ist dies von maßgeblicher Bedeutung. Der Freistaat Bayern bringt sich durch das erste Digitalministerium Deutschlands mit laufenden KI-Förderprojekten, wie bspw. dem Bayerischen Innovationsbeschleuniger und dem Programm KI-Transfer Plus, bereits ein.
2. Der Bayerische Landtag begrüßt in diesem Zusammenhang die Bemühungen der EU, den Fokus von Regulierung in früheren Initiativen hin zu Förderung, Entwicklung und Investition zu verlagern. Die Unterstützung von Digitalisierung, Effizienzsteigerung in der Verwaltung sowie verantwortungsvoller KI-Nutzung in Unternehmen sind dabei zentrale Anliegen, die auch den bayerischen Bestrebungen entsprechen. Positiv wirkt aus bayerischer Sicht zudem der sektorübergreifende Ansatz der EU, der sowohl Wirtschaft als auch Wissenschaft und Verwaltung adressiert. Ebenso ist der Fokus auf den gesellschaftlichen Wandel und den notwendigen Kompetenzaufbau gerichtet.
3. Der Bayerische Landtag gibt zu bedenken, dass es sich bei KI um eine sich rasant weiterentwickelnde Technologie handelt. Zeiträume von drei bis fünf Jahren erscheinen daher zu lang. Die im Rahmen der Strategie angekündigten Maßnahmen sollten aus bayerischer Sicht deutlich schneller umgesetzt werden, wenn sie Europas digitale Souveränität nachhaltig stärken sollen. Ansonsten ist zu befürchten, dass der Abstand zu anderen Nationen, wie bspw. den USA oder China, so groß geworden ist, dass er dann nur noch schwer wieder aufgeholt werden kann.

4. Der Bayerische Landtag fordert in diesem Zusammenhang, dass von der EU zeitnah gegebenenfalls notwendige Genehmigungs- und Förderprozesse auf EU-Ebene angepasst werden und ein Verteilmechanismus mit klaren Kriterien für die Fördermittel festgelegt wird. Darüber hinaus fordert der Bayerische Landtag, die geplanten Investitionen, wie etwa in den Ausbau von Rechenzentren, zu intensivieren, um mit globalen Wettbewerbern wie den USA oder China mithalten zu können.

Die Präsidentin

Ilse Aigner